

KYRA T. INACHIN

„MÄRTYRER MIT EINEM KLEINEN HÄUFLEIN
GETREUER“¹

Der erste Gauleiter der NSDAP in Pommern
Karl Theodor Vahlen

Glaubt man der Gaugeschichtsschreibung, nahm die NSDAP Pommerns „infolge einer wenig glücklichen politischen Führung keine nennenswerte Entwicklung“². Der Gaupressesprecher, der 1940 seinem Buch „Der Gau Pommern“ ein Kapitel „Der Weg der Bewegung“ beifügen mußte, zog es vor, sich über den Aufenthalt des Gefreiten Hitler im Lazarett in Pasewalk zu verbreiten. Die Frühgeschichte der pommerschen NSDAP war indes kein Thema³. So ist auch der erste Gauleiter der pommerschen NSDAP, der Mathematikprofessor Karl Theodor Vahlen, der bis 1927 die Partei in dieser östlichen preußischen Provinz aufgebaut hatte, in Vergessenheit geraten. Die Forschung, die sich, auch mangels Quellen, kaum mit der Geschichte des Aufstiegs der Nationalsozialisten in Pommern beschäftigt hat, fragte nicht, warum die „Kampfzeit“ im Gau Pommern so wenig Aufmerksamkeit erfuhr⁴. Daran knüpft sich zwangsläufig die Frage an, ob dem pommerschen Gauleiter nur deshalb so wenig Beachtung geschenkt wurde, weil seine politische Arbeit so wenig Bemerkenswertes enthält, oder ob nicht doch ganz andere Gründe für dessen Nichtbeachtung vorliegen.

¹ Hermann Fobke, Aus der nationalsozialistischen Bewegung. Bericht über die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen Gaue der NSDAP, in: Werner Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933, Frankfurt a. M. 1963, S. 208.

² Herbert Gaede, Schwede-Coburg. Ein Lebensbild des Gauleiters und Oberpräsidenten von Pommern, Berlin 1939, S. 22.

³ Vgl. Herbert Gaede, Pommern (= Die deutschen Gaue seit der Machtergreifung, hrsg. v. P. Meier-Benneckenstein), Berlin 1940, S. 13.

⁴ So existiert keine umfassende Monographie über die Zeit von 1918 bis 1945, selbst Teilaspekte der Geschichte des Nationalsozialismus in Pommern sind nur marginal bearbeitet worden. Zum Forschungsstand vgl. Kyra T. Inachin, Pommern zwischen Zäsur und Kontinuität, in: Bert Becker/Kyra T. Inachin, Pommern zwischen Zäsur und Kontinuität 1918, 1933, 1945, 1989, Schwerin 1999, S. 7–31. Vgl. Uwe Schröder, Auf dem Weg zur Massenpartei. Zur Entwicklung der Hitlerbewegung in Pommern 1922 bis 1929, in: Pommern. Geschichte, Kultur, Wissenschaft, 1. Kolloquium zur Pommerschen Geschichte 13.–15. 11. 1990, Greifswald 1991, S. 212–219; Bogusław Drewniak, Początki ruchu hitlerowskiego na Pomorzu Zachodnim, Poznań 1962.

VfZ 49 (2001)

© Oldenbourg 2001

Bereits ein erster Blick auf die 1922 einsetzende Geschichte des Gaus Pommern, der im Vergleich zu anderen Gauen im Norden Deutschlands⁵ schon recht früh feste Organisationsformen aufwies, seit 1924 eine eigene Tageszeitung herausbrachte und in den beiden Reichstagswahlen des Jahres 1924 hervorragende Wahlergebnisse aufweisen konnte, muß stutzig machen, denn der Gauleiter war Mitbegründer der stärksten Ortsgruppe, Besitzer einer Druckerei und Reichstagsabgeordneter. Gerade in der frühen Phase der Geschichte der NSDAP war die katalysatorische Funktion, die einige wenige, zuweilen auch nur eine einzige Person in einer Region haben konnten, oft entscheidend für den Erfolg der Partei, was die Vermutung nahelegt, daß dieser erste Gauleiter nicht unbeteiligt an dieser Entwicklung gewesen sein muß. Vahlen schied jedoch auf Druck Hitlers aus dem Amt, danach wurde er von seinen Parteifreunden gemieden und konnte auch nach 1933 nicht mehr politisch Fuß fassen.

Karl Theodor Vahlen gehörte zu einer Gruppe betont sozialistisch gesinnter Nationalsozialisten um die Brüder Gregor und Otto Straßer, welche ihre Aktivitäten nach dem mißlungenen Hitler-Putsch vom November 1923 gezielt in Norddeutschland entfalteten. Als Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft nord- und westdeutscher Gauen der NSDAP und persönlicher Freund Otto Straßers war Vahlen einer der Hitler-Gegner innerhalb der NSDAP. Seine politischen Ansichten konnte er als Besitzer der „einzigen national-sozialistischen Buchdruckerei in Deutschland“⁶ und als Mitherausgeber der Tageszeitung „Norddeutscher Beobachter“, in der auch Straßers „Der Nationale Sozialist“ als Beilage veröffentlicht wurde, verbreiten. Als Gauleiter, Reichstagsabgeordneter und maßgeblicher Organisator der Propagandaaarbeit im Gau demonstrierte Vahlen Präsenz im öffentlichen Leben. Zusammen mit seinem Stellvertreter, Fritz Lejeune, hielt er zahlreiche Vorträge und konnte auch Joseph Goebbels und Otto Straßer für Vorträge im Gau Pommern gewinnen⁷. Rasch stieg die Zahl der Ortsgruppen und ihrer Mitglieder.

Hitler mußte befürchten, daß die „Arbeitsgemeinschaft nord- und westdeutscher Gauen“ eine ernst zu nehmende Konkurrenz und Gefahr für ihn darstellte. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis begann Hitler deshalb, ihre Protagonisten systematisch auszuschalten. So mußte im September 1926 der „Norddeutsche Beobachter“ auf Druck Hitlers eingestellt werden. Kurz darauf wurde Vahlen erst beurlaubt und dann abgesetzt. Mit ihm verließen sein Stellvertreter sowie mehrere führende Parteifunktionäre Pommerns, die den sozialistischen Ideen Straßers nahestanden, die NSDAP und auch Pommern. Ähnlich erging es anderen führenden Parteifunktionären, die sozialistischen Thesen nahestanden, so die Gauleiter Erich Rosikat, Hellmuth von Mücke, Karl Kaufmann und Erich Koch, die auf Anordnung

⁵ Vgl. hierzu die Entwicklung in Mecklenburg; Beate Behrens, Der Aufstieg des Nationalsozialismus aus regionaler Perspektive, in: *Zeitgeschichte Regional* 2 (1998), S. 13–19.

⁶ So warb die Druckerei im „Norddeutschen Beobachter“. Vgl. *Norddeutscher Beobachter*, Nr. 59, 10. 5. 1925.

⁷ Vgl. Veranstaltungskalender im *Norddeutschen Beobachter*, Nr. 101, 5. 11. 1924, S. 3.

Hitlers aus dem Amt entfernt und durch München-treue Parteimitglieder ersetzt wurden⁸.

Die Tatsache, daß sich Hitler innerhalb der NSDAP durchsetzen konnte, hatte damals wie heute zur Folge, daß primär Hitlers politische Anschauungen in der Öffentlichkeit rezipiert, andere Strömungen innerhalb der NSDAP hingegen vernachlässigt wurden⁹.

So gesehen ist Vahlens Biographie und Politik ein wesentliches Element in der Frühgeschichte des Nationalsozialismus. Deren Erforschung trägt den von Hüttenberger geforderten Detail- und Felduntersuchungen Rechnung, welche die Besonderheiten des „personellen, soziologischen, institutionellen Machtgefüges“ herausarbeiten und die innere Struktur der NSDAP aufhellen sollen. Dabei konzentriert sich dieser Aufsatz auf die widerstreitenden Tendenzen innerhalb der NSDAP sowie auf das Verhalten zwischen dem Gauleiter Vahlen, dem Gau Pommern und dem Parteiführer Hitler. Es war Vahlen, welcher der NSDAP in Pommern in den ersten Jahren nach ihrer Gründung ihre entscheidende organisatorische Struktur verlieh. Wie kein anderer polarisierte der pommersche Gauleiter die politischen Richtungen innerhalb der Partei in seinem Gau, was schließlich zum offenen Bruch zwischen den Fraktionen führte. Er war jedoch auch die treibende Kraft, die der Partei früh Wähler und Mitglieder zuführte.

Karl Theodor Vahlen wurde am 30. Juni 1869 in Wien geboren und römisch-katholisch getauft. Sein in Bonn geborener Vater, der Geheime Oberregierungsrat Prof. Dr. Johannes Vahlen (1830–1911), war ein bekannter Altphilologe. Seine Mutter Amalie, geb. Ambrosch, entstammte einer vornehmen Familie aus Breslau. Auch ihr Vater war Philologe. Vahlen besuchte die Schule in Berlin, um danach von 1889 bis 1893 an der Universität Berlin Mathematik zu studieren. Nach der Promotion ging Vahlen an die Universität Königsberg. Sein Bruder Ernst war Professor für Pharmakologie in Halle.

1904 führten Vahlens Wege nach Pommern. Er wurde außerordentlicher Professor an der Universität Greifswald und heiratete 1906 Elfriede von Hausen, die Tochter des Kurators der Universität¹⁰. Er veröffentlichte zunächst Arbeiten zu abstrakten Gebieten der Mathematik, wurde dann, „nicht zuletzt aus weltanschaulicher Motivation, ab etwa 1911 angewandter Mathematiker“¹¹. Von Fachleuten wird Vahlen je-

⁸ Vgl. Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ und die „Schwarze Front“ Otto Straßers 1930–1935, Stuttgart 1985.

⁹ Vgl. ebenda, S. 10.

¹⁰ Universitätsarchiv Ernst-Moritz-Arndt-Universität (künftig: Universitätsarchiv) Greifswald, PA Nr. 270, Vahlen: Abschrift Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, Berlin, 27. 10. 1904, und Abschrift: Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, Berlin, 18. 2. 1911.

¹¹ Reinhard Siegmund-Schultze, Einige Probleme der Geschichtsschreibung der Mathematik im Faschistischen Deutschland – unter besonderer Berücksichtigung des Lebenslaufes des Greifswalder Mathematikers Theodor Vahlen, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Reihe 23, 1984, H. 1–2, S. 51–56.

doch als Mathematiker „der zweiten Reihe“ bezeichnet, der nur aufgrund seiner politischen Einstellung im Dritten Reich Karriere machte¹². Seine Berufskollegen beschrieben Karl Theodor Vahlen als „höchst ehrenwerte Persönlichkeit“ mit „vortrefflichem lauterem Charakter“¹³. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges meldete sich Vahlen freiwillig und kämpfte als Hauptmann der Artillerie und Batteriechef, 1914 und 1915 als Abteilungskommandeur Luftabwehr an der Westfront, danach an der Ostfront. Für seine Tapferkeit erhielt er das Eiserne Kreuz II. und I. Klasse, das Ritterkreuz I., II. und III. Klasse des Sächsischen Albrechtordens mit Schwertern und Krone, das silberne Verwundetenabzeichen und die Landwehrmedaille und wurde zum Major der Reserve befördert.

Nach dem Ersten Weltkrieg folgten für Vahlen seine beruflich wichtigsten und erfolgreichsten Jahre. Er kehrte an die Universität Greifswald zurück, wurde Dekan der Philosophischen Fakultät und im Frühjahr 1923 Rektor. Das Kriegserlebnis wirkte in ihm fort. Schon während des Kriegs – so bekannte er später – „schwieg meine Muse nicht, sondern diente Mars, der die Stunde regierte“. So habe er unter Kanonendonner seine ersten ballistischen Arbeiten verfaßt¹⁴. Er widmete ein 1922 veröffentlichtes Buch über die Ballistik dem „Andenken der gefallenen Waffengeführten“ und schrieb ein weiteres über die Nautik, genauer über das Deviationsproblem beim Schiffskompaß¹⁵. Später sollte Vahlen Forschungsaufträge für die deutsche Kriegsmarine übernehmen. Neben seiner lehrenden Tätigkeit war Vahlen ordentliches Mitglied des Naturwissenschaftlichen Vereins für Neuvorpommern und Rügen in Greifswald¹⁶ und Gründungsmitglied des Akademischen Seglervereins¹⁷. Er setzte sich aktiv für den Studentensport ein und wurde als erster Greifswalder Professor zum Ehrenmitglied des Turn- und Sportamts der Universität ernannt¹⁸.

Durch seine berufliche und gesellschaftliche Stellung hatte Vahlen Kontakte zu Politik, Militär und Wirtschaft. 1919 begann er selbst politisch aktiv zu werden. Wie eine Reihe seiner Kollegen engagierte er sich in der Deutschnationalen Volkspartei. In diesem politischen Milieu glaubte er das nationale Gemeinschaftsgefühl des

¹² Lexikon der bedeutenden Mathematiker, hrsg. von Siegfried Gottwald/Hans-Joachim Ilgauds/Karl-Heinz Schlote, Leipzig 1990, S. 472.

¹³ Universitätsarchiv Greifswald, PA Vahlen: Brief des Dekans an den Rektor vom 22. 12. 1924.

¹⁴ Antrittsrede Vahlens in der Preußischen Akademie der Wissenschaften, in: Sonderabdruck aus den Sitzungsberichten der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Öffentliche Sitzung vom 30. 6. 1938, in: Sammelmappe Theodor Vahlen, Kleine Schriften, Universität Greifswald.

¹⁵ Theodor Vahlen, Deviation und Kompensation, Braunschweig 1929, und ders., Ballistik, Berlin/Leipzig 1922.

¹⁶ Vgl. Mitteilungen aus dem Naturwissenschaftlichen Verein für Neuvorpommern und Rügen in Greifswald, 52. bis 56. Jahrgang (1924–1928), Greifswald 1930. Das Mitgliederverzeichnis, gültig für den 1. 1. 1929, findet sich auf S. VII–XVI.

¹⁷ 25 Jahre Akademischer Seglerverein zu Greifswald 1908–1933. Festschrift und Jahresbericht 1927–32, Greifswald 1933; 75 Jahre Akademischer Seglerverein Greifswald zu Lübeck e. V., Greifswald 1983.

¹⁸ Universitätsarchiv Greifswald, PA Nr. 170, Vahlen: Entschließung der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald vom 20. 12. 1924.

Ersten Weltkriegs wiederzufinden. Dieses Erlebnis prägte ihn ebenso wie das als Trauma empfundene Kriegsende, die Novemberrevolution und das Bekanntwerden der Bedingungen des Versailler Vertrags. Dazu kam ein virulenter Antisemitismus, der offensichtlich schon länger zurückreichte. Die Inflation bestärkte ihn gerade in diesem letzten Punkt, da er Juden für dieses wirtschaftliche Desaster verantwortlich machte. Schon in seiner Antrittsvorlesung als neuer Rektor macht er dies im Mai 1923 deutlich, indem er Wert und Wesen der Mathematik einen „Spiegel der Rassen“ nannte. Man finde „besonders bei der jüdischen Rasse“ einen „zersetzenden Kritizismus, der gerade das angreift und zu stürzen sucht, was man als am sichersten dastehend betrachtete“. In seinem letzten Satz prophezeit Vahlen: „Nur der Geist strebt aufwärts, nur der starke Geist vermag der ‚Masse Mensch‘, die aus sich selbst nur sinken kann, empor zu reißen.“ Das deutsche Volk habe „zu allen Zeiten und in allen seinen Stämmen große Männer hervorgebracht, mehr Dichter und Denker zwar, aber auch Tatmenschen. Es braucht nicht zu verzagen: Wenn es nur will, die Männer werden da sein, die es aufwärts führen.“¹⁹

Seine anfangs noch diffuse Weltanschauung bekam zunehmend festere Konturen in der Diskussion mit Kollegen und Studenten. Der Nationalökonom Professor Wilhelm Kähler und der Leiter der Greifswalder Poliklinik, Professor Friedrich Pels-Leusden, gehörten zu den Gründungs- und führenden Mitgliedern der pommerschen DNVP. Ferner schloß Vahlen Freundschaft mit dem Privatdozenten für Medizingeschichte Fritz Lejeune, der ebenfalls auf der Suche nach einer politischen Heimat war und vielfältige Kontakte zu nationalistischen und völkischen Gruppierungen pflegte²⁰.

Vahlen und Lejeune traten 1923 in die NSDAP ein. Wie Vahlen später aussagte, sei sein Schlüsselerlebnis der mißlungene Hitler-Putsch am 9. November 1923 in München gewesen. In einem Interview, das die „Pommersche Zeitung“ im Mai 1933 mit ihm führte, antwortet Vahlen auf die Frage: „Wann und warum wurden Sie Nationalsozialist?“, daß er bereits vor dem Putsch mit Nationalsozialisten in Kontakt getreten war. Danach wurde er in seiner Funktion als Rektor von zwei Studenten aufgesucht, die ihn gebeten hätten, nationalsozialistische Vorträge halten zu dürfen. Mit ihnen und dem späteren Gauleiter Wilhelm Karpenstein habe er dann den Gau Pommern der NSDAP gegründet²¹.

Bereits 1922 hatte sich um die in Greifswald studierenden Studenten Joachim Haupt, Reinhard Sunkel, Gerhard Wendt und Wilhelm Karpenstein eine Gruppe ge-

¹⁹ Theodor Vahlen, Wert und Wesen der Mathematik. Festrede bei dem feierlichen Akte des Rektoratswechsels an der Universität Greifswald, gehalten vom Rektor des Jahres 1923/24 am 15. Mai 1923, Greifswalder Universitätsreden 9, Greifswald 1923.

²⁰ Als geborener Kölner war Lejeune Vorsitzender der Rheinländervereinigung zum Schutze der Deutschen Rheinlande, stand in Kontakt mit dem Ausschuß für studentische Grenzlandarbeit, er war im November/Dezember 1918 in der Bürgerrat-Bewegung und seit 1919 Mitglied der Großdeutschen Freiheitspartei. Vgl. Klaus Schmierer, Medizingeschichte und Politik. Die Karriere des Fritz Lejeune (1892–1966), Diss. Med., Greifswald 1998.

²¹ Pommersche Zeitung, Nr. 35, 14. 5. 1933.

bildet, welche „die völkische Bewegung im Geiste ihres Begründers und Führers, Adolf Hitler, auch in Pommern zu erwecken“ suchte²². Im Jahr darauf zählte man bereits 330 Nationalsozialisten in 12 Ortsgruppen, unter anderem Greifswald, Cuntzow, Jarmen, Pasewalk, Stralsund, Stettin und östlich der Oder Greifenhagen, Köslin und Stolp²³. Es handelte sich hier eindeutig um eine Bewegung der Mittelschicht, die von einer Gruppe junger bürgerlicher Intellektueller geleitet wurde. Die vorhandenen Quellen zeigen, daß vom Parteiprogramm der NSDAP vorwiegend Beamte, Angestellte, Handwerker und Freiberufler angesprochen wurden. In der Führungsspitze befanden sich auffallend viele Akademiker. Wenngleich sich der NSDAP-Gau Pommern über das Gebiet der ganzen preußischen Provinz Pommern erstreckte, lag der organisatorische Schwerpunkt eindeutig in Vorpommern. Dort bildeten sich die meisten Ortsgruppen, die auch die stärksten Mitgliederzahlen aufwiesen.

Offiziell trat Vahlen im November 1923 der NSDAP bei, machte dann einen Antrittsbesuch bei Hitler im Gefängnis in Landsberg²⁴ und wurde von jenem zum Gauleiter der pommerschen NSDAP ernannt. Diese Entscheidung Hitlers war naheliegend, da die Greifswalder Universität „Keimzelle“ der pommerschen NSDAP war. Ihre führenden Köpfe waren Studenten. Von jenen angesprochen, war Vahlen zwar nicht Gründer, aber prominentes einflußreichstes Mitglied der pommerschen NSDAP und somit für die Führerrolle prädestiniert.

Da die NSDAP nach dem Hitler-Putsch reichsweit verboten worden war, schlossen sich in Norddeutschland die ehemaligen Nationalsozialisten der Deutschvölkischen Freiheitspartei an. Diese hatte sich in Pommern unter dem Gutsbesitzer von Bodungen von der Provinzhauptstadt Stettin aus rasch und erfolgreich ausbreiten können²⁵. Zur Reichstagswahl im Mai 1924 wurde eine gemeinsame Liste unter der Bezeichnung „Nationalsozialistische Freiheitspartei“ mit Karl Theodor Vahlen als pommerschem Spitzenkandidaten aufgestellt. Als Wahlkämpfer war er in der ganzen Provinz als politischer Redner unterwegs und wurde im Anschluß an solche Veranstaltungen mehrmals wegen Schmähung der Republik oder Beleidigung verurteilt²⁶. Geldstrafen und verlorene Beleidigungsprozesse brachten ihn an den Rand des Ruins. Ebenso erging es Fritz Lejeune, der den Wahlkampf in Pommern aus privaten

²² Tagungsbericht des Landesverbandes Pommern der „Großdeutschen Volksgemeinschaft“ vom 31. 5. 1924, zit. in: Schröder, *Auf dem Weg zur Massenpartei*, S. 212.

²³ Vgl. ebenda, S. 212–219, hier S. 212.

²⁴ Vgl. Antrittsrede Vahlens als Mitglied der Akademie der Wissenschaften am 30. 6. 1938, in: *Sammelmappe Theodor Vahlen, Kleine Schriften*, Universitätsbibliothek Greifswald.

²⁵ Ähnliches gilt für die Gebiete Mecklenburg-Schwerin, Berlin, Ostpreußen, Schlesien, Thüringen, Sachsen und Baden.

²⁶ So sprach er beispielsweise in Gollnow und wurde dort zu einer Geldstrafe von 200 Reichsmark wegen Schmähung der Republik verurteilt. Da Vahlen seinen Redestil nicht zügeln wollte, mußte er noch des öfteren vor Gericht erscheinen. Es hing dabei vom jeweiligen Richter ab, ob er verurteilt wurde. In Stettin, wo Vahlen am 4. 11. 1924 sprach, wurde er von der Anklage freigesprochen. Briefe von Vahlen an den Rektor über die finanzielle Situation aufgrund der gegen ihn verhängten Strafen, in: *Universitätsarchiv Greifswald*, PA Nr. 270, Vahlen.

Mitteln finanzierte und 1925 sogar gezwungen war, sein Haus zu verkaufen, um die Schulden bezahlen zu können²⁷.

Die eingeschlagene Taktik der pommerschen Parteiführung erwies sich gleichwohl als erfolgreich. Vahlen zog als Abgeordneter mit überdurchschnittlichen 7,3 Prozent in den Reichstag ein. Danach verschärfte der Gauleiter seine politische Agitation und gründete im Sommer 1924 mit Fritz Lejeune und Wilhelm Karpenstein die Tageszeitung „Norddeutscher Beobachter. Völkische Zeitung für alle schaffenden Stände“. Neben dem aktuellen Tagesgeschehen positionierte sich die Parteiführung mit einer Reihe längerer Artikel. Ferner wurde in der Zeitung ein Veranstaltungskalender veröffentlicht, Ortsgruppen berichteten über ihre Veranstaltungen, und schließlich wurden die Reden prominenter Nationalsozialisten ungekürzt wiedergegeben.

Nachdem in den ersten Ausgaben vornehmlich überregionale Nachrichten übernommen worden waren, lieferte ein für Pommern bis dahin in ungewöhnliche Gewalt ausartender Zusammenstoß zwischen rechten und linken Demonstranten die ersten lokalen Schlagzeilen, die über mehrere Ausgaben hin in Artikeln und Leserbriefen diskutiert wurden: Am 4. August 1924 sollte eine Kundgebung des Greifswalder Gewerkschaftskartells und des internationalen Bundes der Kriegsoffer in der Greifswalder Stadthalle stattfinden, auf welcher der französische Schriftsteller und Kommunist Henry Barbusse sprechen sollte. Vahlen und seine Parteifreunde bezeichneten dieses Ereignis als „Franzosenmontag“ und warnten in großen Schlagzeilen vor dem „Angehörigen einer feindlichen Nation, die nur an Deutschlands Vernichtung denkt“²⁸. Die Franzosen wurden grundsätzlich als „dekadent“, „krank“ und „pervers“ diffamiert²⁹.

Auf Drängen nationalistischer Kreise, die keinen Vertreter des „Erbfeindes“ in ihrer Stadt sehen wollten, zunächst verboten, wurde die Veranstaltung vom Regierungspräsidenten in Stralsund jedoch gestattet, nachdem er vom Auswärtigen Amt in Berlin die Auskunft erhalten hatte, Barbusse sei ein Schriftsteller von internationalem Ruf, der mit ausdrücklicher Genehmigung des Auswärtigen Amtes in Deutschland Vorträge halte. Um das Stattfinden der Kundgebung trotzdem zu verhindern, veranlaßten die Gegner den Stadthallenwirt, den Saal nicht zu öffnen. Die Polizei befand sich in einer schwierigen Lage. Demonstrationen waren auf alle Fälle zu erwarten, ganz gleich, ob sie den Saal öffnen ließ oder nicht. Die Lage schien sich zu entspannen, als bekannt wurde, daß der Schriftsteller nicht kommen würde. Die Türen wurden geöffnet. Zur Erregung der rechten Demonstranten kam aber ein anderer französischer Redner. Aus Wut darüber veranstalteten Nationalsozialisten und Deutsch-nationale „ein solches Schreien und Toben, daß sie durch die anwesenden Mannschaften der Schutzpolizei mit Gewalt aus dem Saale befördert werden mußten“³⁰.

²⁷ Vgl. Schmierer, *Medizingeschichte und Politik*, S. 15.

²⁸ *Norddeutscher Beobachter*, Nr. 19, 1. 8. 1924, S. 1.

²⁹ *Ebenda*, Nr. 21, 3. 8. 1924, S. 1.

³⁰ Universitätsarchiv Greifswald, PA Nr. 270, Vahlen: Beschwerde der Vereinigung verfassungstreu-er höherer Beamter, Lehrer und Akademiker und des Demokratischen Vereins für Greifswald und Umgebung vom 26. 8. 1924.

Die Ausgesperrten versammelten sich nun vor dem Gebäude und zogen mit anderen Gesinnungsgenossen geschlossen durch die Straßen der Stadt. Hierbei kam es zu erneuten Zusammenstößen mit der Schutzpolizei. Am Tage danach betonten Deutsch-nationale in der „Greifswalder Zeitung“, in der ganzen Stadt habe Aufregung über die Veranstaltung geherrscht. Kein Wort mehr über die Saalschlacht, dafür die Erregung „anständiger Bürger“, die ihrem gerechten Zorn Luft gemacht hätten, indem sie mit Greifswalder Studenten das Lied „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ anstimmten. Sogleich seien sie von der Polizei zusammengeschlagen worden³¹. Die Nationalsozialisten brüsteten sich hingegen mit den zahlreichen Prügeleien, die sie sich nicht nur mit den Kommunisten, sondern auch mit der Polizei geliefert hätten. Die „verfluchten Hakenkreuzler“ hätten verhindert, daß aus „Greifswald eine französische Verbrecherkolonie“ würde. Deutschland sei nicht „Schuhputzer der ganzen Welt“, und es sei ein Skandal, daß die Polizei einen „französischen Völkerbundhunken gegen das deutsche Volk“ verteidige³². Die von der deutschnationalen Fraktion dominierte Stadtverordnetenversammlung sprach sich vier Tage später für ein Disziplinarverfahren gegen den Regierungspräsidenten, die Amtsenthebung des Greifswalder Polizeidirektors und die Bestrafung der beteiligten Polizisten aus. Die Nationalsozialisten wollten es damit aber nicht bewenden lassen und schürten im „Norddeutschen Beobachter“ Haß gegen Frankreich.

Nur wenige Tage später, am Verfassungstag (11. August), hatten alle öffentlichen Gebäude geflaggt. Auch auf dem Universitätsdach flatterte die schwarz-rot-goldene Fahne. Eigenhändig holte Vahlen die Fahne herunter und schloß sie in einen Schrank, da es ihm „nicht an der Zeit schien, zu feiern, während verwundete Kommilitonen auf dem Krankenbette lagen“³³. Nach der kommunistischen „Volkswacht“ hatte Vahlen die schwarz-rot-goldene Fahne abgenommen und dafür die schwarz-weiß-rote gehißt³⁴. Voller Pathos äußerte sich Vahlen daraufhin in einem Artikel im „Norddeutschen Beobachter“ über „Unsere Farben – unsere Fahne“, über das Schwarz-Weiß der Ordensritter, die „Preußens Grenzen der Sonne entgeten“, das Rot der Hanseaten, deren Wagemut er bewunderte. Preußen sei jedoch in den Dreck gezerrt worden, so daß aus weiß gelb geworden sei, „die Farbe des gleißenden Mamon, dessen Sklaven wir wurden, weil wir unseren Rittersinn vergaßen, weil unser Wagemut erschlaffte, weil wir unser Blut nicht rein hielten“. Das Rot hatte es Vahlen offensichtlich ganz besonders angetan, indem er es mit dem Blut Christi, mit dem Blut der Soldaten, das jene im Ersten Weltkrieg vergossen hätten, und mit dem Blut des „blonden Siegfried durch Hagens Dolchstoß vergossen“ verglich³⁵.

Am 12. August 1924 fand eine weitere rechte Protestkundgebung statt, auf der Vahlen eine flammende Rede hielt, in der er Haß gegen Frankreich und Widerstand

³¹ Greifswalder Zeitung, 14. 8. 1924, S. 1.

³² Norddeutscher Beobachter, Nr. 23, 6. 8. 1924, S. 1.

³³ Pommersche Zeitung, Nr. 35, 14. 5. 1933, S. 5.

³⁴ Vgl. Volkswacht, Nr. 301, 22. 12. 1928.

³⁵ Norddeutscher Beobachter, Nr. 48, 4. 9. 1924, S. 2.

gegen die Weimarer Republik, die eine solche Veranstaltung dulden konnte, predigte³⁶. Er betonte die „ungeheure Erregung“ über die „unerhörte Schmach, die der guten alten Stadt Greifswald durch den Franzosenmontag angetan worden“ sei. In jedem Greifswalder zitterte noch die Erregung, daß es nicht gelungen sei „zu verhindern, daß einer jener weißen Neger in Greifswald sprach, . . . die noch immer unsere Brüder am Rhein und Ruhr knebeln und vergewaltigen“. So habe man noch wenige Tage vorher des Kriegsbeginns gedacht, in dem man gegen den „Erbfeind“ gezogen sei. Alle Behörden der Stadt und Provinz, von Staat und Reich hätten die Warnung, es würde Blut fließen, nicht beachtet. Man werde es sich merken und sich in Zukunft nicht mehr mit einem nachträglichen Protest begnügen, sondern eine solche Schande „mit unseren Leibern abzuwehren wissen. Wenn es den Behörden gleich ist, ob Blut fließt, so soll es uns auch gleich sein. [Tosender Beifall]“ Schließlich resümierte Vahlen: „Lassen wir diesen Geist in uns stark werden, wappnen wir uns mit diesem Geiste des unbeugsamen Widerstandes und Kampfes gegen alles Faule, Schlappe, Feige, Niedrige und Gemeine, was heute leider nur allzu mächtig ist.“ Dies sei sogar das in der Verfassung verbrieftete Recht, da alle Gewalt vom Volk ausgehe. Der „Franzosenmontag“ führe demnach eindrucklich vor Augen, daß der Wille der ganzen Bevölkerung mit Füßen getreten werde³⁷.

Für den Verein der demokratischen höheren Beamten waren diese Worte unvereinbar mit dem Beamtenstatus. Seine Mitglieder forderten deshalb vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Entlassung eines Mannes, der als „Inhaber der höchsten akademischen Würde der Universität sich so weit vergißt, daß er die von ihm beschworene Verfassung und die oberste Spitze des Deutschen Reichs ungezügelt öffentlicher Weise schmäht, Beamte die nur ihre Pflicht getan haben, beschimpft, und das Gift der Auflehnung gegen den Staat und jede gesetzliche Autorität in unsere akademische Jugend in cynischer Weise hineinträgt“³⁸. Der preußische Kultusminister reagierte sofort. Das Disziplinarverfahren konnte aber nicht eingeleitet werden, da Vahlen als Reichstagsmitglied Immunität genoß. Da er in der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 jedoch nicht wiedergewählt wurde, konnte das Verfahren am 13. Dezember 1924 eröffnet werden. Sechs Tage später kam die Philosophische Fakultät zu einer Sitzung zusammen und beschloß einstimmig eine Entschließung, in der sie gegen die Amtsenthebung Vahlens protestierte. Darin räumten Vahlens Kollegen ein, daß jener einen „bedauerlichen Mißgriff getan“ habe. Dies betreffe jedoch nicht seine Position als Professor der Mathematik. Dieses Fach stehe der „politischen Atmosphäre so fern wie nur möglich“. Seine Entlassung würde den Lehrbetrieb daher negativ beeinflussen. Selbst wenn sie seine politische Einstellung mißbilligten, so verwiesen die Fakultätsmitglieder doch auf den „vortrefflichen, lau-

³⁶ Vgl. Greifswalder Zeitung, 14. 8. 1924.

³⁷ Norddeutscher Beobachter, Nr. 30, 14. 8. 1924.

³⁸ Universitätsarchiv Greifswald, PA Nr. 270, Vahlen: Beschwerde der Vereinigung verfassungstreu-er höherer Beamter, Lehrer und Akademiker und des Demokratischen Vereins für Greifswald und Umgebung vom 26. 8. 1924.

teren Charakter und eine höchst ehrenhafte Persönlichkeit“ ihres Kollegen. Am 23. Januar 1925 trat auch der Senat für Vahlen ein. Ohne Rücksicht auf Vahlens Tätigkeit als Reichstagsmitglied und Gauleiter schrieb der Senat an den Kultusminister: „Bis zu den jüngsten Ereignissen ist er, besonders in politischer Hinsicht, in keiner Weise hervorgetreten.“³⁹

Es ist anzunehmen, daß die Professoren der Universität aus Korpsgeist handelten. In der Härte des Vorgehens der preußischen Regierung sahen sie einen Präzedenzfall, der auch ihre Stellung bedrohen konnte. Auch Professoren, die der SPD oder der DDP angehörten, votierten bemerkenswerterweise für ihren Berufskollegen und erklärten sich mit ihm solidarisch. Der Einsatz für Vahlen war erfolgreich. Im März 1925 beurlaubte die Regierung Vahlen unter gleichzeitiger Aufhebung der vorläufigen Amtsenthebung⁴⁰. Ein Jahr später hob das preußische Staatsministerium jedoch in letzter Instanz das Urteil des Disziplinargerichtshofs von 1926 auf. Vahlen wurde zu Dienstentlassung verurteilt unter Fortfall der Versorgung⁴¹. Die Dienstentlassung wurde als gerechte Sühne bezeichnet für „einen Beamten, der in so unerhörter Weise [. . .] in voller Öffentlichkeit das Oberhaupt des Reiches schmäht und in so verächtlicher Weise von den verfassungsmäßigen Reichsfarben spricht“. Für einen wie ihn sei in den Reihen der Beamenschaft kein Platz. Dies müsse ganz besonders für einen Universitätsprofessor gelten, dem die Erziehung der akademischen Jugend anvertraut sei.

Noch im gleichen Monat wurde an der Greifswalder Universität ein vom Rektor verwalteter Unterstützungsfonds gegründet, um „wenigstens für die nächsten drei Monate dem Kollegen über die äußerlichste Not hinwegzuhelfen“⁴². In einer öffentlichen Stellungnahme zu seiner Entlassung verteidigte sich Vahlen, daß er wegen seiner vom Franzosenmontag herrührenden Erregung gegen die „blutig niedergeknüppelte freie Meinungsäußerung“ protestieren wollte. Für diese Aktion habe er sich zwar auf einen ministeriellen Verweis gefaßt gemacht, doch er sei von der Härte des Urteils völlig überrascht worden. Eine „Kundgebung gegen die Staatsgewalt“ habe nicht in seiner Absicht gestanden. Er drohte jedoch schon im nächsten Satz unverhohlen: „Ich werde mir das für die Zukunft gesagt sein lassen.“ Einerseits verhöhnte er in seinen Reden die „Verfassung des Juden Preuß“⁴³, andererseits forderte er die Grundrechte der Weimarer Verfassung für sich ein und zitierte die „zulässige Meinungsäußerung durch die Tat“ laut Artikel 113 und 130. Dem stehe die Entscheidung des Disziplinarhofs vom 6. April 1925 gegenüber, derzufolge die Meinungsäußerung des Beamten nicht unbeschränkt sei, sondern mit seinem Verhältnis zum Staat nicht in Widerspruch stehen dürfe. Es habe freilich keineswegs in seiner Absicht gestanden, den Reichspräsidenten zu schmähen. Schließlich wehrte sich Vahlen gegen den

³⁹ Ebenda, Dekan an Rektor vom 22. 12. 1924.

⁴⁰ Ebenda, Kurator an Rektor vom 5. 3. 1925.

⁴¹ Ebenda, Beschluß des preußischen Staatsministeriums in der Sitzung 15. 3. 1927.

⁴² Ebenda, Vorschlag des Rektors an die ordentlichen Professoren der Universität Greifswald im März 1927.

⁴³ Pommersche Zeitung, Nr. 35, 15. 3. 1933.

Vorwurf, er habe die Reichsfarben verächtlich gemacht. Indirekt gab er diesen Tatbestand jedoch zu, indem er berichtete, daß er dafür in Gollnow zu 200 RM verurteilt, in Stettin nach einer Wahlrede am 4. November 1924 jedoch freigesprochen worden sei. In seinem letzten Rechtfertigungspunkt antwortete Vahlen auf die Anschuldigung, die ihm eine „scharfe innere Ablehnung der Staatsform“ und einen mit dem Verfassungseid unvereinbaren Mangel an Verfassungstreue zur Last legte. Geschickt umging Vahlen eine Antwort. Weder im Urteil des Disziplinarhofs vom 6. Februar 1926 noch im Urteil des Staatsministeriums vom 15. Februar 1927 sei hiervon die Rede. „Diese Vorwürfe sind also unberechtigt.“ Seine politische Betätigung wende sich nicht gegen die Staatsform, sondern halte sich im Rahmen der ihm durch die Reichsverfassung, besonders Artikel 130, gewährleisteten Rechte. Daß diese in keiner Weise eingeengt oder beschränkt werden sollten, sei ihm bei seiner Verteidigung ausdrücklich erklärt worden. Vahlen zog schließlich aus dem Gesagten den Schluß, daß ihm lediglich das Herunterholen der Flagge zur Last gelegt werde – und hier nur die Tat, nicht die hineingelegte Absicht, wie er hintergründig bemerkte⁴⁴. Eine Stellungnahme dieser Art sah Ministerialdirektor Richter im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung „nicht als eine geeignete Grundlage zur Erwirkung eines Gnadenerweises“⁴⁵. Vahlen erhielt also weiterhin kein Gehalt und hatte auch keine Aussicht auf eine Rente.

In einem Privatbrief an den Rektor der Greifswalder Universität bedauerte Vahlen allerdings die ihm zur Last gelegten Straftaten: „Durch die Erfahrung belehrt wird sich meine politische Betätigung künftig in den mir gesteckten Grenzen halten“⁴⁶ und überließ es dem Briefempfänger, daraus seine eigenen Schlußfolgerungen zu ziehen. In den folgenden beiden Jahren bemühten sich die amtierenden Rektoren, von der Goltz und Ziegler, um eine Beschäftigung für Vahlen. Da er an keiner deutschen Hochschule einen Lehrstuhl fand, versuchten ihn seine Kollegen in der Wirtschaft unterzubringen. Der Vizepräsident der „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ und langjähriger Rektor der TH München, der Mathematiker Walter von Dyck (1856–1934), sagte dem Greifswalder Rektor auf Anfrage seine Hilfe zu und bat Paul Reusch, Generaldirektor der Guten Hoffnungshütte um eine Anstellung Vahlens, die jedoch nicht erfolgte⁴⁷. Schließlich genehmigte Friedrich Schmidt-Ott (1860–1956), Präsident der Notgemeinschaft, Vahlen eine Verlängerung des seit 1922 gewährten Stipendiums für Vahlens Forschungen für die Kriegsmarine⁴⁸. In diesem Zusammenhang hoffte Vahlen auf Aufträge aus den „Kreisen der Großschiffahrt“.

⁴⁴ Universitätsarchiv Greifswald, PA Nr. 270, Vahlen: Stellungnahme zu seiner Verurteilung vom 30. 5. 1927.

⁴⁵ Ebenda, Preußisches Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung an den Rektor vom 2. 7. 1927.

⁴⁶ Ebenda, Brief Vahlen an Rektor Krüger vom 1. 6. 1927.

⁴⁷ Ebenda, Brief Rektor von der Goltz an von Dyck vom 21. 11. 1927, und Reusch an von Dyck vom 9. 12. 1927.

⁴⁸ Ebenda, von Dyck an Rektor von der Goltz vom 30. 3. 1928.

Während Vahlen um seine Weiterbeschäftigung an der Universität kämpfte, war er als Spitzenkandidat der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung“ gleichzeitig mit der Vorbereitung für die Reichstagswahl im Dezember 1924 beschäftigt. Gemeinsam mit von Bodungen sprach er auf zahlreichen Veranstaltungen über den Dawes-Plan, „die Versklavung des deutschen Volkes durch und unter die Mächte des internationalen und jüdischen Kapitalismus, ebenso den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge“⁴⁹. Das Ergebnis war für ihn und seine Parteifreunde jedoch enttäuschend. Dem deutschlandweiten Trend folgend, mußten die Parteien am rechten Rand des Parteienspektrums herbe Verluste hinnehmen. Der Skandal um Vahlen sorgte jedoch dafür, daß diese Verluste in Pommern geringer ausfielen als in anderen Reichstagswahlkreisen. Somit rückten die Nationalsozialisten Pommerns von der 13. Stelle im Reich auf die siebente Position vor.

Hitlers Entlassung aus dem Gefängnis und die Aufhebung des NSDAP-Verbots in Preußen und Bayern bedeutete im Frühjahr 1925 auch das Ende der Zweckgemeinschaft mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Dies führte in Pommern zu Verunsicherung in dem im Juni 1924 gegründeten gemeinsamen Landesverband⁵⁰. Im „Norddeutschen Beobachter“ wurde seit Anfang Februar über das tiefe Zerwürfnis zwischen NSDAP und Deutschvölkischer Freiheitspartei diskutiert. Letztere hätte auf der Preußentagung der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung in Berlin am 17. Januar 1925 die Verbindungen zu den Nationalsozialisten abgebrochen. Nach Walther von Corswant, einem der führenden Nationalsozialisten Pommerns, sei diese Koalition nur eine kümmerliche parlamentarische Minderheitspartei und keine Bewegung „mit dem Ziele dermaleinst das ganze deutsche Volk in allen seinen trennenden Parteien versöhnend durch das gemeinschaftliche Band der völkischen Idee, in einer wahren Volksgemeinschaft erfassen und umfassen zu wollen“. Eigentlich hätten die Wähler die Frage nach einer Beteiligung an Wahlen bereits beantwortet, da die Veranstaltungen zwar voll gewesen seien, das Wahlergebnis jedoch schlecht ausgefallen sei. Der Landwirt sei resigniert wieder zur DNVP, der Industrielle zur DVP, der Mittelstand zur Mittelstandspartei, der Inflationsgeschädigte zur Aufwertungspartei und die Arbeiter zur SPD gegangen⁵¹. Auch der stellvertretende Gauleiter Lejeune konstatierte unter dem Titel „Die Nebel lichten sich“, daß in den Reihen der völkischen Bewegung eine „ziemliche Verwirrung Platz gegriffen“ habe, und resümierte, daß die gegensätzliche Einstellung zum Parlamentarismus der Grund für den Streit sei. Der Kampf um die völkische Gesundheit könne nicht in engstirniger Parteipolitik geführt werden⁵². Der Gauleiter hielt sich hier noch zurück. Er hatte sich im September 1924 zu diesem Thema geäußert, als er während des Wahlkampfes

⁴⁹ Norddeutscher Beobachter, Nr. 93, 26. 10. 1924. Vgl. Veranstaltungskalender im Norddeutschen Beobachter.

⁵⁰ Der Norddeutsche Beobachter, Nr. 1, 11. 7. 1924, berichtet über die Gründung am 21. 6. 1924 in Stettin.

⁵¹ Ebenda, Nr. 29, 4. 2. 1925.

⁵² Ebenda, Nr. 45, 22. 2. 1925.

über die „Kulissenarbeit im Reichstag“, das „ganze widerliche Treiben von Kuhhandel und Kompromissen, Schiebungen“ berichtete. Die Arbeit der Nationalsozialisten im Reichstag sei ein nützliches Glied der Bewegung, jedoch nur der Arm, aber nicht der Kopf. Wenn der Nutzen des Parlamentarismus erkannt sei, müsse man diesen Arm stark machen. Die grundsätzlich antiparlamentarische Einstellung werde von den nationalsozialistischen Parlamentariern selbst am allerschärfsten, gerade vom Parlament aus, am weittragendsten und wirkungsvollsten vertreten. Man müsse aber erst einmal Erfahrungen sammeln, um die Theorie zu erhärten⁵³. Im November 1924 meinte Vahlen, man beginne einzusehen, daß es auf dem Weg des Verhandeln und mit Hilfe des Parlamentarismus unmöglich sei, die Zustände zu bessern und das Volk aus der Verelendung herauszuführen. Dies sei vielmehr nur durch das entschlossene aktivistische, antiparlamentarische Vorgehen zu erreichen, „wie es zum Wesen des Nationalsozialismus gehört“⁵⁴.

Die Reorganisation der zersplitterten NSDAP in Norddeutschland delegierte Hitler an Gregor Straßer. Mit der Zusage, der dortigen Bewegung ihre Selbständigkeit zu belassen, begannen die Brüder Straßer jedoch, die Partei nach ihren Vorstellungen zu formen⁵⁵. Zu den Aufgaben Gregor Straßers gehörte auch die Ernennung der norddeutschen Gauleiter. So wurde auf der Konferenz in Hamm in Westfalen am 22. Februar 1925 Karl Theodor Vahlen von Straßer als Gauleiter bestätigt⁵⁶.

Vahlens erste Aufgabe war, den durch die Trennung von den Völkischen zersplitterten Gau Pommern neu zu formieren. Zunächst mußte er jedoch der Münchner Parteizentrale berichten: „Als ich im April (1925) im Auftrage von Herrn Hitler die Aufbauarbeit in Pommern begann, fand ich [...] den Gau Pommern [...] in einem sehr unerfreulichen Zustand vor.“⁵⁷ Bereits Anfang Februar 1925 war im „Norddeutschen Beobachter“ zu lesen, daß die Mehrzahl der pommerschen Kreise sich für Hitler entschieden hätte. Einen Monat später verkündete die Zeitung, daß sich alle Gruppen der NSAG und die Orts- und Kreisgruppen der NSFB zur NSDAP zusammenschlossen. Vahlens Druckerei wurde immer wichtiger: Hier wurden nun der „Norddeutsche Beobachter“, der „Westdeutsche Beobachter“, der „Ostmärkische Beobachter“ und der „Beobachter für Kurhessen und Waldeck“ gedruckt. Als wöchentliche Beilage erschien „Der Nationale Sozialist“ mit Artikeln von Straßer und Goebbels. Daneben wurden kleinere Schriften, wie zum Beispiel Joseph Goebbels' „Das kleine abc des Nationalsozialisten“ publiziert. Angesichts dieser Bedeutung war es kein Wunder, wenn in den Räumen der Druckerei sich auch das Büro der Gauleitung einrichtete. Deren Vertreter, aber auch Joseph Goebbels und Gregor

⁵³ Ebenda, Nr. 60, 18. 9. 1924. Vgl. auch ebenda, Nr. 6, 17. 7. 1924; Nr. 18, 31. 7. 1924; Nr. 31, 15. 8. 1924; Nr. 34, 19. 8. 1924; Nr. 37, 22. 8. 1924.

⁵⁴ Ebenda, Nr. 101, 5. 11. 1924.

⁵⁵ Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 19f.; Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 26.

⁵⁶ Vgl. Norddeutscher Beobachter, Nr. 45, 22. 2. 1925; Nr. 50, 8. 3. 1925.

⁵⁷ Schröder, Auf dem Weg zur Massenpartei, S. 216.

Straßer, fungierten bevorzugt als Redner. Einheimische Nationalsozialisten wurden jeden Samstag in der Privatwohnung Vahlens in einer „Rednerschule“ weitergebildet.

Am 10. und 11. September 1925 berief Gregor Straßer in Hagen, Westfalen, einen Parteitag der nord- und westdeutschen Gauleiter ein, um das künftige Vorgehen der NSDAP im Norden Deutschlands zu koordinieren. Ein gemeinsames Programm, das sich vom Münchner Parteiprogramm unterschied, sollte an die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Norden angepaßt werden. Die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen Gaue der NSDAP“ manifestiert die Durchsetzung eines autonomen Wegs innerhalb der NSDAP. Man beschloß eine einheitliche Führung, eine eigene Geschäftsstelle, die Herausgabe der „Nationalsozialistischen Briefe“ als 14tägig erscheinendes Informations- und Schulungsorgan für die politischen Kader der NSDAP und die Formierung eines Ausschusses, der sich aus den Gauleitern und weiteren Kadern zusammensetzte⁵⁸.

Auch der pommersche Gauleiter Vahlen war nach Hagen gefahren und, laut Goebbels, „ganz begeistert“⁵⁹. Die Mehrheit der Anwesenden stand auf Seiten Straßers, mit Robert Ley und Hermann Fobke waren aber auch dezidierte Hitler-Anhänger anwesend. Dementsprechend fällt auch der Bericht Hermann Fobkes aus, der sich abfällig über die Anwesenden äußerte. So berichtete er, daß der Gau Pommern durch Gauführer Professor Vahlen vertreten war, der „mir in einem gleichzeitig aus Greifswald zugegangenen Brief als ‚nicht Führer, sondern Märtyrer mit einem kleinen Häuflein Getreuer‘ sehr zutreffend bezeichnet wurde. Vahlen ist eine weiche Natur.“ Ferner bemerkte er, daß sich die Diskussion am Thema Wahlbeteiligung oder Wahlboykott entzündete. Vahlen sprach sich für eine Wahlbeteiligung aus, wurde aber überstimmt. Als eine Entschließung formuliert wurde, entbehrte es „nicht der Ironie“ – so der Kommentar Fobkes –, „daß ausgerechnet der innerlich entgegengesetzt eingestellte Prf. Vahlen zusammen mit Telschow beauftragt wurde, diese Entschließung zu formulieren. Vahlen war sichtlich niedergedrückt“⁶⁰.

Der nationale Sozialismus der Gruppe um Straßer nahm für sich in Anspruch, auf völkischer Grundlage eine Alternative zum Sozialismus des linken Lagers zu bilden, indem er etwa den Klassenkampf durch die Volksgemeinschaft ersetzte. Dementsprechend argumentierte Vahlen: Sozialismus bedeute nicht Marxismus und Bolschewismus, Novemberrevolution und Dolchstoß, drohende Enteignung durch Fleiß erworbenen Besitzes, Streik und Inflation. Vielmehr würden Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach dem „Willen des internationalen jüdischen Finanzkapitals gegeneinander verhetzt“. Jeder sehe im anderen nur noch den Todfeind. Sozialistisch bedeute den „Kampf des gesamten schaffenden und arbeitenden Volkes statt Klassenkampf“⁶¹.

⁵⁸ Vgl. Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, S. 20 ff.

⁵⁹ Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, Teil I, Band 1, München 1987, Eintragung vom 11. 9. 1925, S. 126.

⁶⁰ Fobke, Aus der nationalsozialistischen Bewegung, S. 208.

⁶¹ Norddeutscher Beobachter, Nr. 2, 3. 1. 1925, S. 2.

Ähnlich argumentierten auch Wilhelm Karpenstein in seinem Artikel „Nationalsozialismus und Marxismus“⁶² und Walther von Corswant, welcher der SPD „Verrat des sozialistischen Gedankens durch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften“ vorwarf⁶³. Im Sommer 1925 glaubte Vahlen feststellen zu können, „80 Jahre vergeblichen Kampfes beweisen den Bankrott des Marxismus“⁶⁴. Vahlen glaubte, daß die Arbeiter durch „den Juden Marx“ irregeleitet worden seien. Dadurch sei der an sich richtige Gedanke des Sozialismus jüdisch entstellt und verfälscht worden⁶⁵. Immer wieder geißelte er die Kapitalisten, die den Arbeiter ausbeuteten, sprach vom „Klassenkampf der Welt. Die Arbeit als künftiger Sieger“⁶⁶, forderte das „Recht auf Arbeit“ und prophezeite die „Diktatur der Schaffenden“⁶⁷.

Der Bruch der Arbeitsgemeinschaft mit der Münchner Zentrale kristallisierte sich im Winter 1924/25 immer deutlicher heraus. Offen wurde Unzufriedenheit mit Hitlers Führungsstil geäußert und laut die Frage gestellt, ob man sich überhaupt weiterhin Hitler unterwerfen solle⁶⁸. Am 24. Januar 1926 kamen 24 solcher vorwiegend kritisch eingestellter Parteimitglieder, unter ihnen Vahlen, in Hannover zusammen, um über das Thema „Fürstenabfindung“ zu diskutieren⁶⁹. SPD und KPD hatten im Reichstag den Vorschlag eingebracht, ein Volksbegehren zur Frage durchzuführen, ob der Besitz der Königs- und Fürstenhäuser entschädigungslos enteignet und der Republik zugeführt werden sollte. Nicht nur Anhänger des linken Parteienspektrums waren darüber entrüstet, daß Fürsten Abfindungen erhielten, während Kleinrentner, die Kriegsanleihen gezeichnet hatten, nicht entschädigt wurden. Die Nationalsozialistische Linke schloß sich den Protesten an und opponierte somit gleichzeitig gegen Hitler, der sich monarchischen und konservativen Kreisen anzunähern begonnen hatte und eine Entschädigung befürwortete. Hier demonstrierte die Arbeitsgemeinschaft ihre Unabhängigkeit gegenüber München und entschloß sich, für den Antrag des Entwurfs zur Fürstenenteignung zu stimmen.

Die Arbeitsgemeinschaft setzte ihren Kampf gegen München fort, indem sie auch für die Bereiche Wirtschaft, Verwaltung und Außenpolitik eigene Richtlinien formulierte. In ganz- und halbseitigen Leitartikeln sprachen sich Gauleiter Vahlen, sein Stellvertreter Lejeune sowie von Corswant und Karpenstein für Straßers Programm einer Agrarreform aus, die den Privatbesitz begrenzen und den Boden neu verteilen sollte. Wichtige Unternehmen würden in staatlichen Besitz übergehen und Arbeiter an der Unternehmensführung beteiligt werden. Der Staat, den es zu verwirklichen galt, sollte aus Ständen und Räten gebildet werden, die wiederum von Berufskammern gewählt würden. In der Außenpolitik forderte man die Revision des Versailler

⁶² Vgl. ebenda, Nr. 1, 11. 7. 1924.

⁶³ Ebenda, Nr. 13, 15. 7. 1924, S. 1.

⁶⁴ Ebenda, Nr. 65, 21. 6. 1925, S. 1.

⁶⁵ Ebenda, Nr. 1, 3. 1. 1926, S. 1.

⁶⁶ Ebenda, Nr. 2, 10. 1. 1926.

⁶⁷ Ebenda, Nr. 71, 2. 8. 1925, und Nr. 72, 9. 8. 1925.

⁶⁸ Vgl. Hüttenberger, Die Gauleiter, S. 31.

⁶⁹ Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 21.

Friedensvertrags, die Wiederherstellung des Reiches in den Grenzen von 1914 mit Einbindung Österreichs, des Sudetenlandes und Südtirols sowie die Unterstützung der Sowjetunion in einem Krieg gegen die Westmächte.

Diese Punkte forderten revolutionäre Veränderungen, während sich Hitler bereits der nationalen Rechten annäherte und sich zur Legalität bekannte. Um einen endgültigen Bruch zu vermeiden und jeglicher Programmdiskussion ein Ende zu setzen, berief Hitler am 14. Februar 1926 in Bamberg eine Führertagung ein, an der sowohl nord- als auch süddeutsche Parteigenossen teilnehmen sollten. Goebbels traf sich am 15. Februar mit Vahlen und Rust, um einen „Schlachtplan“ zu entwerfen, mit dem er und Straßer in Bamberg auftreten wollten⁷⁰. In der Woche darauf traf sich die Arbeitsgemeinschaft wieder in Hannover. Vahlen war von Berlin aus mit Goebbels zusammen gefahren.

Um ein Gegengewicht zum „Völkischen Beobachter“ und zum Eher-Verlag in München zu schaffen, wurde auf der Zusammenkunft am 24. Januar 1926 in Hannover der Beschluß gefaßt, unter Hauptschriftleitung Gregor Straßers die Zeitung „Der Nationale Sozialist“ zu gründen. Vahlen bot hierfür seine Druckerei an. Goebbels fürchtete jedoch, daß die Öffentlichkeitsarbeit der AG von Elberfeld nach Greifswald und somit in Vahlens Einflußgebiet verlagert werden würde. Er redete Straßer und den Gauleitern Robert Ley (Rheinland-Süd) und Hinrich Lohse (Schleswig-Holstein) ein, die Druckerei in Greifswald sei bankrott, so daß es eine Zumutung sei, die Parteigenossen im Rhein-Ruhr-Gebiet zu „Zwangsabonnenten“ eines „hinterpommerschen Käseblattes“ zu machen⁷¹. Gegen den Willen Goebbels' gründete Vahlen zusammen mit den Brüdern Straßer den Kampf-Verlag in Berlin, wo nun der „Nationale Sozialist“ gedruckt wurde⁷².

Ende April wechselte Goebbels die Fronten, trat zur Hitler-Fraktion über und schwächte damit die Arbeitsgemeinschaft entscheidend. Hitler konnte nun die Partei nach seinen Vorstellungen formen, eventuelle Sonderwege und Eigenmächtigkeiten wurden von nun an unmöglich. Die sozialistische Interpretation des Nationalsozialismus aus dem Norden sollte keine Gefahr mehr darstellen.

Im Laufe des Jahres 1926 verschärfte sich die ideologische Auseinandersetzung⁷³. Um der öffentlichen Diskussion ein Ende zu setzen, in der die Straßer-Clique nicht besiegt werden konnte, führte Hitler den Kampf nun intern, in der Partei fort. Auf dem Reichsparteitag in Weimar am 3. und 4. August 1926, auf dem Straßer und seine Befürworter schwer angegriffen wurden, beschloß man, daß sich jede nationalsozialistische Buchveröffentlichung der Zensur unterwerfen mußte. Die Erlaubnis zur Veröffentlichung wurde von der Anerkennung des Münchner Parteiprogramms abhängig gemacht. In erster Linie sollte dadurch der Kampf-Verlag getroffen werden.

⁷⁰ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, Eintragung vom 15. 2. 1926, S. 161.

⁷¹ Schreiben Goebbels an Lohse vom 22. 12. 1925 und an Ley vom 29. 12. 1925, zit. in: Hüttenberger, Die Gauleiter, S. 33.

⁷² Vgl. ebenda.

⁷³ Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 26f.

Aber auch Vahlens Druckerei wurde auf diese Weise liquidiert. Im September 1926 mußte Vahlen Konkurs anmelden, das Erscheinen des „Norddeutschen Beobachters“ wurde eingestellt.

Bis zum Ende des Jahres 1926 war die nationalsozialistische Linke in die Enge gedrängt worden. Dementsprechend steigerten sich Vahlens Angriffe gegen Hitlers neue Politik, seiner Annäherung an das konservative Lager, in der Vahlen einen Verrat am Sozialismus sah. Ausgehend von einer Revolution nach leninistischem Modell, prophezeite Vahlen unter der Überschrift „Parlamente an den Galgen – der Diktator auf den Thron!“, daß das Volk mehr und mehr den Schwindel der Parlammentsherrschaft durchschauen würde. Man fühle sich als Werkzeug in den Klauen der internationalen Finanzhyänen⁷⁴. Das Dritte Reich sei nur durch eine Revolution zu erreichen. Man müsse Seite an Seite mit den Marxisten kämpfen, die man vom Nationalsozialismus und der Nutzlosigkeit des Klassenkampfes überzeugen müsse. Die Beteiligung an Wahlen und das Taktieren mit den konservativen Parteien sah er als Zeichen dafür, daß die NSDAP ihren Schwung verliere. Die „Heiligkeit des Geldsacks“ manipulierte diejenigen, die sich schon auf dem richtigen Weg befunden hätten. Es gehe „Macht vor Recht“⁷⁵.

Hitler konnte diese Art von Kritik nicht länger billigen und suchte nach Vorwänden für eine Entlassung Vahlens. In einer im „Völkischen Beobachter“ veröffentlichten Anordnung schrieb er am 18. August 1926: „Da die Ortsgruppe Greifswald in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung eine ersprießliche Arbeit für die Bewegung nicht mehr gewährleistet, so schließe ich die Ortsgruppe Greifswald auf Antrag des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der Parteileitung nach § 4, Abs. 9, der Satzung vom 22. Mai 1926 aus dem Vereine aus. Der Gauführer von Pommern hat den Wiederaufbau der Ortsgruppe Greifswald, wie er den Interessen der Bewegung entspricht, sofort zu veranlassen. [. . .] gez. Adolf Hitler.“⁷⁶

Zu Beginn des Jahres 1927 wurde Vahlen von Hitler als Gauleiter beurlaubt. Im „Völkischen Beobachter“ veröffentlichte Hitler dann im August folgende Bekanntmachung:

„Nachdem Pg. Herr Prof. Vahlen infolge seiner Betätigung als Nationalsozialist von der preußischen Regierung zum Verlust von Amt und Gehalt verurteilt worden und dadurch gezwungen ist, sich außerhalb Preußens eine neue Tätigkeit zu suchen, ist er nicht mehr in der Lage, das Amt des Gauleiters von Pommern auszuüben.

In Berücksichtigung dieses Umstandes enthebe ich Pg. Herrn Prof. Vahlen nach Ablauf seinesurlaubes am 21. August 1927 vom Amte als Gauleiter Pommerns. Für die der Bewegung persönlich gebrachten großen Opfer und für die geleistete ersprießliche Arbeit im Gau Pommern spreche ich Pg. Herrn Prof. Vahlen meine Anerkennung und meinen besten Dank aus.“⁷⁷

⁷⁴ Norddeutscher Beobachter, Nr. 3, 17. 1. 1926.

⁷⁵ Ebenda, Nr. 4, 6. 7. 1926, S. 1.

⁷⁶ Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II, Teil 1, hrsg. u. komm. v. Bärbel Dusik, München 1992, Dok. 22, S. 45f.

⁷⁷ Ebenda, Bd. II, Teil 2, Dok. 157, S. 498f.

Vahlen, der trotz seiner Entlassung als Professor der Greifswalder Universität weiterhin seinen Wohnsitz in Eldena bei Greifswald hatte, zog zu Beginn seiner Beurlaubung nach Plothau im Kreis Torgau. In den folgenden Jahren schwiegen seine Parteifreunde zu seinem Schicksal. Lediglich die politischen Gegner befaßten sich noch mit dem ehemaligen Gauleiter. In Zusammenhang mit dem sogenannten Flaggenstreit wurde die Affäre Vahlen am 9. März 1928 im Preußischen Landtag diskutiert⁷⁸. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun mußte sich dort gegen Angriffe von deutschnationalen Abgeordneten verteidigen, indem er noch einmal die Ungeheuerlichkeit der Tat Vahlens vor den Abgeordneten Revue passieren ließ. Auch der zu jener Zeit amtierende Rektor der Greifswalder Universität, der Altphilologe Konrat Ziegler, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, bemühte sich in seiner Amtszeit um die Begnadigung Vahlens durch Ministerpräsident Braun. Er fuhr nach Berlin, wo er Staatssekretär Robert Weismann und Finanzminister Hermann Höpker-Aschoff aufsuchte, die für ihn bei Ministerpräsident Braun vorsprechen sollten. Braun selbst weigerte sich, ihn zu empfangen, da die Begnadigung Vahlens nach Brauns Meinung als „Schwäche des Staates ausgelegt wird, und dass man sich unbedingt davor hüten muß, gerade bei den unreifen Köpfen der völkischen Kreise diese Vorstellung zu erwecken“⁷⁹. Rektor Ziegler versprach, „die Flinte nicht ins Korn“ zu werfen, und bemühte sich um ein Gespräch mit Reichsinnenminister Carl Severing⁸⁰. Er nützte sogar seine politische Freundschaft zu Theodor Heuß, damals Reichstagsabgeordneter der DDP. Dieser telefonierte sogleich mit Ernst Lemmer, sprach mit Severing und erwirkte mit letzterem ein Gespräch mit Ziegler⁸¹. Innenminister Severing sprach sich jedoch gegen eine Intervention seinerseits aus. Als Grund für sein Handeln nannte Ziegler, daß es „nicht politisch unklug, sondern politisch klug ist, jetzt eine Milderung der Strafe des Herrn Vahlen eintreten zu lassen“⁸². Er lege persönlichen Wert darauf, „die Sache durchzubiegen, weil ich es für einen großen Gewinn für unsere Sache halten würde, wenn es gerade mir gelänge, einen Erfolg davon zu tragen. [. . .] Ich muß also neue Mittel ersinnen, um die Festung zu nehmen.“⁸³

Die Mitglieder des Greifswalder Reichsbanners unterschrieben im Dezember 1928 eine Resolution, in der sie um Gnade für Vahlen baten mit dem Ziel, daß jener wenigstens die Hälfte seiner Rente ausgezahlt bekommen sollte. Die kommunistische Zeitung „Volkswacht für Stettin und Provinz Pommern“ kommentierte dies mit der Schlagzeile „Jammerlappen-Republikaner“⁸⁴. In einer weiteren gemeinsamen Eingabe

⁷⁸ Vgl. Reichs- und Staatsanzeiger, Nr. 60, 10. 3. 1928.

⁷⁹ Universitätsarchiv Greifswald, PA Nr. 270, Vahlen: Ministerialrat Dr. Goslar, Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums an Rektor Ziegler vom 23. 11. 1928.

⁸⁰ Ebenda, Rektor Ziegler an Staatssekretär Goslar vom 28. 11. 1928, und Ziegler an MdR Ernst Lemmer vom 5. 12. 1928.

⁸¹ Ebenda, Theodor Heuß an Rektor Ziegler, vom 12. 12. 1928.

⁸² Ebenda, Ziegler an Staatssekretär Goslar vom 21. 9. 1928.

⁸³ Ebenda, Ziegler an einen Oberstudienrat vom 27. 10. 1928.

⁸⁴ Volkswacht, 22. 11. 1928.

be an das Preußische Staatsministerium baten die Greifswalder SPD, DDP und das Reichsbanner um Gnade für Vahlen. Die Situation entspannte sich, als Vahlen 1930 an die Technische Hochschule in Wien berufen wurde.

Nach der Machtergreifung erinnerte man sich des ersten Gauleiters. Schon am 11. Februar 1933 hatte die Greifswalder Zeitung die Forderung der Freien Studentenschaft der Universität Greifswald veröffentlicht. Darin verlangen die Studenten die Rückberufung Vahlens an die Universität. Sie schrieben ein Telegramm an den seit Februar 1933 amtierenden Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mit folgendem Inhalt: „Die Greifswalder Studentenschaft bittet, das einem aufrechten deutschen Manne vor Jahren zugefügte Unrecht wieder gut zu machen.“⁸⁵ In einer Erklärung des Rektors heißt es: „Vor allem war es der Wunsch der NSDStB, daß Vahlen, der den nationalsozialistischen Studenten bereits in der Weimarer Republik besondere Unterstützung gewährte, so schnell wie möglich nach Greifswald zurückkehrt.“⁸⁶ Die Studenten fanden auch bei den Professoren der Philosophischen Fakultät Unterstützung. In der Senatssitzung vom 6. März 1933 teilte der Dekan der Philosophischen Fakultät mit, daß seine Fakultät beschlossen habe, für die Rehabilitierung Vahlens einzutreten. Der Senat stimmte zu, eine entsprechende Bitte an das Ministerium wurde formuliert⁸⁷, der dann auch entsprochen wurde.

Das Preußische Staatsministerium setzte Vahlen mit Wirkung vom 16. März 1933 als ordentlicher Professor der Greifswalder Universität ein. Die „Pommersche Zeitung“, seit 1932 Sprachrohr der NSDAP, berichtete unter der Überschrift „Aus dem Exil zurück“ über Vahlens Rückkehr nach Greifswald am 12. Mai. Ausführlich schildert der Journalist die Ankunft Vahlens um 23.18 Uhr auf dem Greifswalder Bahnhof. Empfangen wurde er von Studenten, SA, NSDAP-Kreisleiter Hube, Professoren und Vertretern der Behörden. Auf dem Bahnhofsvorplatz hatten Studentenkorporationen und Mitglieder des Stahlhelm Aufstellung genommen. Unter dem Jubel der Menge schritt Vahlen die Reihen ab und wurde dann im Fackelzug durch die Stadt zum Hotel „Preußischer Hof“ geleitet. Dort hielt Vahlen eine kurze Ansprache.

Am folgenden Tag hielt er seine erste Vorlesung in der vollbesetzten Aula der Universität. Im Namen der Philosophischen Fakultät begrüßte Professor Kneeser den „Heimgekehrten“ und betonte, daß die Fakultät immer hinter Vahlen gestanden und versucht habe, das Vahlen „zugefügte Unrecht wieder gut zu machen“. Die Philosophische Fakultät sei stolz darauf, ihn wieder in ihren Reihen begrüßen zu dürfen. Auch der Rektor hob hervor: „Habe Professor Vahlen einst um die Hakenkreuzfahne gelitten, so grüße sie heute vom Dach der Universität. Studentenschaft und Dozentenschaft stehe geschlossen, um gemeinsam für die Nation [...] zu kämpfen.“ Nun trat Vahlen selbst ans Pult und sprach über die „Erweckung des Wehrwillens“. Je mehr man bereit sei, sich zu wehren, desto weniger sei zu befürchten, daß man angegriffen werde. Auch die Wissenschaft stehe nicht abseits. Vahlen schloß seine Rede

⁸⁵ Greifswalder Universitäts-Zeitung, 24. 2. 1933.

⁸⁶ Universitätsarchiv Greifswald, Kurator 730.

⁸⁷ Ebenda, R 2200, Senatsprotokoll 6. 3. 1933.

mit der Ermahnung an die Studenten, den Ernst der Lage Deutschlands zu erkennen und die Zeit zu nützen, „um einst den hohen Anforderungen gewachsen zu sein“, welche die Zukunft stellen werde⁸⁸.

Vahlen blieb nicht in Greifswald, und diese Vorlesung war seine erste und gleichzeitig seine letzte. Er wurde dennoch weiterhin im Vorlesungsverzeichnis geführt. Laut „Taschenbuch der Universität Greifswald 1933“ hielt er seine „Sprechstunde Sonntag nach der Vorlesung“⁸⁹. Es handelte sich bei dieser Rückberufung lediglich um einen symbolischen Akt, denn zeitgleich wurde Vahlen in das Preußische Kultusministerium berufen. In seiner neuen Position konnte er sich an allen rächen, die seine Entlassung betrieben hatten. Aber auch Konrat Ziegler wurde entlassen. Dies geschah mit zusätzlicher Unterstützung des nun amtierenden Gauleiters Wilhelm Karpenstein, der die zunächst anvisierte Beurlaubung auf Entlassung verschärfte⁹⁰.

1934 wurde Vahlen für ein knappes Jahr Nachfolger von Richard v. Mises (1883–1953) im Institut für angewandte Mathematik in Berlin⁹¹. Am 25. April 1934 wurde ihm die Leitung der Hochschulabteilung im Kultusministerium übertragen. Er schlug dem Minister neue Rektoren vor, sprach Emeritierungen aus oder erarbeitete Sparpläne⁹². Er war auch im Vorstand des Hochschulverbands, fehlte aber bei den Sitzungen, wahrscheinlich wegen seiner Ministerialtätigkeit. Vahlen wurde Präsident der Akademie der Wissenschaften, Träger des Goldenen Parteiabzeichens und Inhaber der ihm von Hitler zum 70. Geburtstag verliehenen Goethe-Medaille⁹³. 1938 wurde Vahlen Präsident der Preußischen Akademie der Wissenschaften⁹⁴. Im gleichen Jahr kandidierte der 69jährige Vahlen erfolglos für die „Liste des Führers“ zur Wahl des Großdeutschen Reichstags. Eine Fortsetzung seiner politischen Karriere blieb ihm also verwehrt.

Während sich der Gau Pommern nicht um einen weiteren Besuch Vahlens bemühte, beantragte die Hochschulgruppe des Greifswalder NSDStB im Jahre 1937, Vahlen zum Ehrensensator der Universität zu ernennen. Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gab dazu am 14. April 1937 seine Zustimmung⁹⁵. In der Laudatio heißt es: „Die Universität Greifswald ehrt damit in Professor Vahlen den stets einsatzbereiten Vorkämpfer des Dritten Reichs.“⁹⁶ Nach dieser Ehrung

⁸⁸ Pommersche Zeitung, Nr. 269, 13. 5. 1933, und Nr. 270, 14. 5. 1933.

⁸⁹ Taschenbuch der Universität Greifswald 1933, Greifswald 1933, S. 34.

⁹⁰ Vgl. Wolfgang Wilhelmus/Renate Buchführer/Gabriele Langer/Dagmar Szöllösi, 525 Jahre Universität Greifswald, Berlin 1982, S. 37.

⁹¹ Universitätsarchiv Greifswald, PA Nr. 270, Vahlen: Aktenvermerk des Kurators vom 7. 4. 1933 und 5. 12. 1933. Vgl. auch Pommersche Zeitung, Nr. 256, 3. 2. 1934.

⁹² Näheres bei Helmut Heiber, Universität unterm Hakenkreuz, 3 Bde., München/London/New York/Paris 1991.

⁹³ Universitätsarchiv Greifswald, R Nr. 272. Vgl. Pommersche Zeitung, Nr. 291, 27. 4. 1934; Greifswalder Zeitung, 21. 5. 1943.

⁹⁴ Über seine Karriere nach 1933 vgl. Heiber, Universität unterm Hakenkreuz, Teil 1: Der Professor im 3. Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München/London/New York/Paris 1991.

⁹⁵ Universitätsarchiv Greifswald, Kurator 130, Zustimmung des Reichsministers Rust vom 14. 4. 1937 als Abschrift.

⁹⁶ Greifswalder Zeitung, Nr. 108, 20. 4. 1937.

kehrte Vahlen nicht wieder nach Greifswald zurück. Er blieb zunächst in Berlin, siedelte während des Kriegs jedoch in seine Heimatstadt Wien über⁹⁷. Im August 1944 zog Vahlen nach Prag. Nach Angaben seiner Witwe auf einer Karte vom 25. März 1949 an den Rektor der Berliner Universität starb Vahlen 76-jährig am 16. November 1945 in Prag „in der Gefangenschaft“⁹⁸.

Versucht man das Individuelle mit dem Überindividuellen zu verbinden, die Lebensgeschichte Karl Theodor Vahlens in die Geschichte der nationalsozialistischen Partei einzubetten, so zeigen sich zwei charakteristische Punkte: Sein Schicksal ist zunächst einmal ein Beispiel dafür, wie sehr die Frühgeschichte der NSDAP von Einzelpersonlichkeiten bestimmt wurde. Zum anderen läßt sich am „Fall Vahlen“ exemplarisch Hitlers Auseinandersetzung mit seinen innerparteilichen Gegnern nachvollziehen.

Im Gegensatz zu anderen Fällen wurde diese Auseinandersetzung hier nicht wirklich bis zum Ende geführt. Vahlen, der bereits viel zu viel für die Partei geopfert, ja sich ihr schließlich bis an den Rand des Existenzminimums verschrieben hatte, hielt es für ratsamer, den offenen Bruch mit Hitler nicht zu wagen. Ein so gewiefter Taktiker wie Hitler erkannte wiederum sehr schnell, wie viel er bei einer unbarmherzigen Konfrontation mit einem so weit entfernten Gau wie Pommern verloren hätte. Schon deshalb schien es ihm besser, die Dinge auf sich beruhen zu lassen und Vahlen relativ lautlos auf ein unbedenkliches Nebengleis zu befördern. In den Jahren zwischen 1933 und 1945 gab es viele „Vahlens“, die der Bewegung einst viel gegeben, sich dann aus oft nichtigen Anlässen mit ihr zerstritten hatten und schließlich auf mehr oder weniger bedeutenden Posten landeten, wo ihnen auf jeden Fall jeder echte politische Einfluß verwehrt blieb. Vahlen hatte im Gau Pommern solide organisatorische Strukturen geschaffen, er war zur Herrschaft in dieser Region prädestiniert. In den Fragen der Ideologie gehörte er jedoch zu den Hitler-Gegnern, die spätestens mit der Neugründung der Partei im Jahre 1925 systematisch ausgegrenzt wurden. Bis an sein Lebensende versuchte er, seine politische Laufbahn fortzusetzen, der Makel der Freundschaft zu den Brüdern Straßer stellte sich aber jeder echten Karriere im Dritten Reich entgegen.

⁹⁷ Vom 17. 4.–5. 5. 1944 war er in der Lindengasse 2/2/17 in Wien 1070 und vom 26. 6. bis 28. 8. 1944 in der Veitingergasse 46/II in Wien 1130 gemeldet.

⁹⁸ Universitätsarchiv Berlin, UK V3 (PA Vahlen).